

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsburg, 16.)
bei G. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissland,
in Breslau bei Emil Habath.

Posener Zeitung.

Nennundsechzigster Jahrgang.

Nr. 113.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 14. Februar. Der König hat dem Kreisger.-Rath Zunderer zu Naumburg a. S. den R. A. D. 3. Kl. mit der Schleife, dem grob. oldenb. Geh. Ober-Baurath und Eisenbahn-Direktor Bureich zu Oldenburg und dem grob. oldenb. Geh. Ministerial-Rath Janzen zu Oldenburg sowie dem I. bairischen chendalselbst den I. Kr.-Orden 2. Klasse, sowie dem I. bairischen Rittermeister und Eskadron-Chef Grafen von Bocci im 2. Kürassier-Regiment Prinz Albert den I. Kronen-Orden 3. Klasse verliehen. Den Kammerherrn, Rittermeister a. D. und Standesherrn von Guzmenow auf Groß-Lübben zum Schloßhauptmann von Königs-Wusterhausen ernannt; den I. Bergwerks Direktoren Hoernerke in Gruben Oudweiler-Jägerfreude bei Saarbrücken, von Ammon, in Gruben in der Hettstadt und Fötzick zu Niedersdorf den Charakter als Bergmeister; dem bautechnischen Mitgliede der I. Bergwerks-Direktion zu Saarbrücken, Bau- und Maschinen-Inspektor Neutanz, den Charakter als Baurath; sowie den praktischen Aerzten Dr. Moritz Goldbaum in Berlin und Dr. Nehmann in Breslau den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reiches die von dem Bischof zu Straßburg i. E. vorgenommene Ernennung des Pfarrers Rust in Banzenheim zum Pfarrer in Pfirt, Bez. Ober-Elsaß, genehmigt.

Der praktische Arzt Dr. Beakert ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Aatern zum Kreis-Bundarzt des Kreises Sangerhausen ernannt worden.

Vom Landtage.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 14. Februar. Am Ministerische: Staatsminister Dr. Friedenthal und die Kommissare: Geh. Oberfinanzrath Hoffmann, Geheime Räthe Hübler, Rötger, Schartow, Präsident v. Beningen eröffnete die Sitzung 12½ Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Unter den eingegangenen Regierungsvorlagen sind hervorzuheben, die Gelegenheitsvörte betreffend die Verwendung der in Folge der Abtretung der Preußischen Bank an das Reich für die Staatskasse verfügbaren Geldmittel; die Übersicht über die Verwaltung der fiskalischen Gewerbe, Hütten und Salinen im Jahre 1874; die Rechnungen der Überrechnungsstamme für 1874; die Evang. Kirchenverwaltung.

Sodann tritt das Haus in die Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand die erste Berathung der Übersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1874 ist.

Auf den Vorschlag des Abg. Dr. Hammacher geht der Entwurf an die Rechnungskommission ohne jede Diskussion.

Die zweite Nummer bildet die erste und zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Ablösung der Realakten im Gebiete des Regierungsborts Kassel, ausschließlich der zu demselben gehörigen vormalig großherzoglich hessischen Gebietshälfte.

Abg. Dr. Bäuerl (Fosse) stellt den Antrag, diesen Entwurf nicht gleich im Plenum in zweite Berathung zu ziehen, sondern ihn der um 7 Mitglieder zu verstärkenden Agrarcommission zu überweisen, da der behandelnde Gegenstand zu wichtig sei, um kurz erledigt zu werden. Nachdem Staatsminister Dr. Friedenthal diesem Antrag beigetreten, wird derselbe angenommen.

Die dritte Nummer ist die erste und zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Anwendung der für den Verlehr auf den Kunsträthen bestehenden Vorschriften auf den Kreis Biebrich.

Auch dieser Entwurf wird ohne Diskussion in 1. und 2. Berathung angenommen.

Die 4. Nummer ist die erste und zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Preußen, Pommern, Schlesien und Sachsen.

Abg. von der Goltz stellt den Antrag, diesen Entwurf der um 7 Mitglieder verstärkten Gemeinde-Kommission zu überweisen. Demselben treten die Abg. Preisig, v. Denzin, Königsdorff bei und wird derselbe angenommen.

Auch der letzte Gegenstand, enthaltend den Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1869, betreffend die Konsolidation preußischer Staatsanleihen, wird ohne Diskussion für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr. Tagesordnung: Die Entwürfe, 1) die Geldmittel aus der Abtretung der preußischen Bank; 2) die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst; 3) die Wege-Debüt.

Schluss: 1 Uhr.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 14. Februar.

Der Geburtstag des Kaisers wird städtischerseits diesmal mit besonderen Feierlichkeiten verbunden sein, indem die Enthüllung der beiden Statuen in den Nischen am Hauptportal des Rathauses stattfindet. Dieselben, den ersten Hohenzollern und den Kaiser Wilhelm darstellend, sind von Gladbeck in der Münzstraße gegossen und in der Eiselführung z. nahezu vollendet. An diese Enthüllungsfeierlichkeit schließt sich ein Festmahl beider Kommunalbehörden im großen Rathaussaal.

Eine für die Militärveteranen prinzipiell wichtige Entscheidung des Kriegsministeriums ist jüngst ergangen und den Behörden zur Nachachtung empfohlen worden.

Das Reichs-Militär-Pensionsgesetz und die von dem Bundesrat verordneten Ausführungsbestimmungen verordnen nämlich die Einziehung der Invalidenpension unter den vorgeschriebenen Maßnahmen, wenn die Pensionäre gegen Entgelt als Beamte angestellt oder beschäftigt sind.

Hierbei ist nun nach der neuen Entscheidung festzustellen, daß es lediglich auf die Empfangnahme einer Bezahlung ankommt und es durchaus gleichgültig ist, ob dieselbe Gehalt, Diäten, Rémuneration oder sonst wie genannt wird. Betreffs der Feststellung des Begriffs "Beamter" im Sinne des vorerwähnten Gesetzes sei es ganz unerheblich, ob die Beschäftigung eine ganz unbestimmte, provisorische, probeweise ist, ohne Aussicht und Anspruch auf dauernde Anstellung und ohne die Rechte der fest (etatismäßig) angestellten Beamten; denn (heißt es in der Ausführung) die Eigenschaft eines Beamten im Sinne des Gesetzes haben nicht bloß die im Staats-

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart, Wien bei G. H. Danck & Co. — Hanstein & Vogler, — Rudolph Wosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank.“

1876.

Dienstag, 15. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die schriftgefassten Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

u. s. w. Dienste als wirkliche Beamte dauernd angestellten Pensionsempfänger; sondern die Beamtenegenschaft involviert überhaupt jedes Beschäftigungsverhältnis, in welchem dem Funktionär bei Ausübung seiner dienstlichen Verpflichtungen ähnliche Eigenschaften beizubringen, d. h. in allen Fällen, wo derselbe gewisse, das öffentliche (Reichs-, Staats-, Gemeinde-) Interesse angehende Geschäfte im Auftrage und unter Autorität der Behörde wahrzunehmen hat.

Der verantwortliche Redakteur des "Neuen Sozialdemokraten", Küster, stand Sonnabend Abends vor der 7. Kriminaldeputation unter der Anklage des Verbrechens gegen § 130 des Strafgesetzbuches. Küster hielt am 27. November v. J. in den Grauwitzen Bierhallen vor einer etwa 200 Köpfe starken sozialdemokratischen Versammlung eine jener bekannten Brandreden, mit welcher er das Verhalten der Polizei bei Schließung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins kritisierte, im Grunde aber nur seine Hörer gegen die Maßnahme anreizte. Er erzählte u. A., der Kriminal-Inspektor Bick habe bei der Haussuchung in seiner Wohnung nur Anklageschriften und eine Bibel vorgefunden, denn Schriftstücke über staatsgefährliche Bindungen und Verschwörungen werde er der Polizei nicht hinlegen, und schloß diesen Theil seiner Rede mit der Versicherung, daß man die soziale Frage nicht durch politische Maßregelung, sondern durch Anwendung der kraftvollen Gewalt seitens der Arbeiterpartei regeln könne. Weiter sagte Küster, die Arbeiter der spandauer Gewehrfabrik, die zu jener Zeit stritten, seien zwar wieder durch den Hunger zur Arbeit zurückgetrieben, aber wenn auch der Mund stumm sei, spreche doch das Herz um so lauter, in welchem so viel Hass und Groll gegen die bestehenden Klassen angehäuft ist. Der Umschwung werde nicht ausbleiben, wenn auch die Regierung noch so viel Sozialdemokraten einkriegen, im Gegenteil werde der Hass dadurch nur noch vergrößert, und da die Arbeiter nicht warten könnten, bis sie die Majorität im Reichstage erlangt haben, müßten sie sich selber einen Weg des Ausgleichs suchen. Auf Grund des Berichts des Polizei-Unterhauptmanns Pfeiffer, der die gedachte Versammlung überwachte, wurde Küster unter die Anklage der Aufreizung verschiedener Klassen zu Gewaltthätigkeit gegen einander angeklagt, bestritt jedoch die Anklage und behauptete, die ganz unzutreffende Auffassung des Polizei-Unterhauptmanns Pfeiffer auf Groll gegen ihn, den Angeklagten, weil der Beamte ihn einmal unter der Bezeichnung der Maßstabsbeleidigung arretierte, aber so grundlos, daß seine sofortige Freilassung verfügt werden mußte. Der Gerichtshof erachtete jedoch die Kriterien des § 130 des Strafgesetzbuchs durch die Rücksicht im vollen Maße erfüllt und verurteilte den Angeklagten zusätzlich zu früheren Erkenntnissen zu 4 Monaten Gefängnis.

Danzig, 12. Februar. In Danzig erregt eine vor Kurzem ergangene Entscheidung der Deputierten-Prüfungskommission für einjähriges Freiwillige großes Aufsehen. Der Sohn eines dortigen Militärbeamten wurde wegen Anfertigung von Stichgedichten auf seinen Klassenlehrer aus dem Gymnasium verwiesen. Da er nicht das Schulzeugnis der wissenschaftlichen Belehrung zum einjährigen Dienst aufzuweisen hatte, meldete er sich nach § 39 der neuen Wehrordnung am 1. d. M. zur Prüfung bei der oben-nannten Kommission an. Die Prüfungs-Kommission erachtete ihn aber auf Grund seines eingerichteten, vom Direktor mit Erwähnung der vorgenommenen Ungezogenheit ausgesetzten Leumundzeugnisses für "moralisch unwürdig" und ließ ihn nicht zur Prüfung zu. Der Vater jenes Schülers eingeschlagene Beschwerdeweg wird wohl seiner Zeit ergeben, ob die Kommission nicht damit zu weit in der Auslegung der gegebenen Bestimmungen gegangen ist.

Breslau, 12. Februar. Über den schon erwähnten Einzug des von den Patronen und der Gemeinde erwählten Pfarrers Bischel in Girslachsdorf geht der "Schles. Blg." folgender ausführlicher Bericht von Kirchgemeindegliedern zu:

Gestern (10. d.) in der 5. Nachmittagsstunde verständigte feierliches Glockengeläut die Ankunft des neuen Pfarrers, der durch sein offenes Sendschreiben bereits seinen Einzug in die Herzen seiner Kirchländer gehalten hatte. Die Gemeinde war ihm mit Kreuz und Fahnen entgegengegangen, hatte das Te Deum laudamus angestimmt und geleitete ihn durch Ehrenporten, wie sie die gegenwärtige Jahreszeit eben möglich mache, ins festlich geschmückte Gotteshaus. Selten hat wohl soviel eine solche Audräger in seinen Mauern versammelt gesehen, selten mit solcher Spannung den Worten gelauscht, wie sie aus dem bereiten Munde des neuen Seelsorgers in christlicher Begeisterung flossen. Wem noch ein leiser Zweifel an dessen echter aufopferungsvoller Hirtenliebe innewohnte, dem mußte dieser Zweifel beseitigt werden, als Pfarrer Bischel, anknüpfend an den Vergleich eines Pfarrers mit einem Vater, die seiner geistigen Sorgfalt Unterliegenden eingezeichnete, daß er ihnen ein väterliches Herz entgegenbringe, daß nur väterliche Gefühlen ihn bei Allem, was er unter ihnen reden, thun und unterlassen werde, beseelen und leiten sollen und alle seine Ermahnungen keinen anderen Zweck haben würden, als Seelengefahren und Seelenschaden, Irrthum und Sünde fernzuhalten. Seine Ansprache war mit einem Wort eine wahrhaft apostolische kam vom Herzen und ging zu Herzen, und so wird er denn auch bei uns finden was er sucht: Herzen voll kindlicher Christlichkeit, Liebe und Ergebenheit.

Wenn in der Filiale Albersdorf zufolge unerhörter klerikaler Anstrengungen sich Einige von ihnen auch noch fern zu halten beabsichtigen,

so werden doch auch diese dem in Liebe suchenden Hirten sich auf die Länge der Zeit nicht entziehen können und vielleicht einstens mit zu den besten seiner Kirchländer zählen. Nachdem die erste weiße Fahne auf einer eroberten Feste weht, von der selbst die ultramontanen Blätter

sie einen verlorener Posten sei, werden wohl bald auch in anderen Theilen der Diözese die von mutigem Hand getragenen Friedenszeichen sich mehren. Das gebe Gott,

denn jedem Laten, der nur einigermaßen noch ein selbstständiges Urtheil hat, muß es klar sein, daß das starkmäßige Verharren auf dem Par-

teilstandpunkt klerikaler Renitenz nach Religions-Gleichgültigkeit, zum Unglück und endlich zur Vernichtung der katholischen Kirche in Deutschland führt. Gott segne unsern Hirten und Alle, die nach seinem Beispiel handeln.

Girslachsdorfer Kirchgemeindeglieder.

Berst, 10. Februar. Der bekannte Abgeordnete und Schriftsteller Anton Esengery wird ein Buch über Franz Deal schreiben. Esengery ist in vielen Beziehungen am berechtigsten und geeignetesten, der Karriere Deal's ein literarisches Monument zu stellen. Nicht allein weil er in den bewegtesten Zeiten dem großen Manne so nahe gestanden, daß dieser ihm Alles, was er durfte, mitgetheilt, sondern auch, weil er ein ausgezeichnete Stilist ist, das Gefühl der künstlerischen Form besitzt und nicht nur juridische und politische Bildung, sondern auch die ästhetische Qualifikation inne hat, ohne welche der Zeichner

eines großen Lebens und Charakters kein vollendetes Werk liefern kann. Esengery hat auch viele, bisher unbekannte Daten aus Deal's Leben (namlich aus den Vierziger Jahren) notirt. — Das Professorenkollegium der Rechts- und philosophischen Akademie in Preßburg hat einstimmig den Besluß gefaßt, den Unterrichtsminister zu ersuchen, an die Spitze einer Agitation zu treten, welche es sich zum Biele festsetzt, die Mittel zur Gründung einer Universität in Preßburg, welche den Titel "Franz Deal-Universität" führen würde, aufzubringen. Ein provvisorisches Komité ist bereits gebildet. — In maßgebenden Kreisen wurde bereits die Frage des Baues eines Deal-Mausoleums aus Landesmitteln angeregt. Da der gegenwärtige Friedhof vermöge seiner Nähe zur Stadt in 30 bis 40 Jahren aufgelassen werden dürfte, so wäre es nach der Ansicht praktischer Persönlichkeiten nicht zweckmäßig, für den Bau eines Deal-Mausoleums in dem gegenwärtigen Friedhof eine namhafte Summe zu verausgaben, da auch dieses Mausoleum, sowie die Gräte im Laufe der Zeit entfernt werden müßten. Für den Bau eines Deal-Mausoleums wurde mehrzeitig ein Platz im oder nächst dem Stadtmauerchen proponirt, welches bekanntlich Deal's Lieblingsaufenthalt gewesen ist. Es mußte eben ein Platz für ewige Zeiten gewählt werden, damit das Deal-Mausoleum als unvergängliches Denkmal des gefeierten Todten erhalten werden könnte. Mehrheit wurde auch bereits der Bau eines Pantheons aus Landesmitteln angeregt, welches viele Jahrhunderte hindurch zur Aufnahme und Verewigung dargestellter großer Männer des Landes dienen würde. In diesem Pantheon, wo auch die Gebeine Rakoczy's aus Konstantinopol, eines Stephan Széchenyi, Eötvös, Batthyányi, Toldi, Deal u. a. beizusegen wären, würde ein bleibendes Denkmal für künftige Generationen bilden. Dies sind die Ansichten einzelner hervorragender Persönlichkeiten und es ist wahrscheinlich, daß diese Frage auch bald in dem Abgeordnetenhaus und in der Generalversammlung des hauptstädtischen Municipiums Ausdruck finden werden.

Paris, 11. Februar. Der Handelsminister de Meaux hat, wie telegraphisch bereits berichtet wurde, einen Bericht über die Erneuerung der demnächst ablaufenden Handels- und Schiffahrtsverträge auf Grund von Gutachten der Handelskammern an Mac Mahon gesandt. Aus demselben ist nachfolgende Stelle als interessant hervorzuheben:

Die Handels- und Schiffahrtsverträge mit den Niederlanden, England und Belgien laufen vom 30. Juni bis zum 10. August 1877 ab, diejenigen mit Italien und Österreich sind bis zum 1. Juli 1. J. und 1. Januar 1877 verlängert worden; Frankreich hat selbst seinen Handelsvertrag mit der Schweiz gekündigt und auf dieser Seite sind seine Verbindlichkeiten am 20. November 1876 gelöst. Die französischen Handelskammern, die zu Ratze gezogen wurden, haben sich für die Erneuerung der bestehenden Verträge mit Einführung einiger Modifizierungen, zu welchen die Ersetzung der Zölle ad valorem durch die spezifischen Zölle gehören, ausgesprochen. Für die Güte und Zweckmäßigkeit des seit 1860 befolgten Systems sprechen folgende Biffen: Im Jahre 1859 belief sich der französische Ein- und Ausfuhrhandel auf 3907, im Jahre 1865 auf 5730, im Jahre 1869 auf 6228, im Jahre 1873 auf 7342 und im Jahre 1874 auf 7625 Millionen. Im Jahre 1859 wurden mit England für 869 Millionen, im Jahre 1865 für 1644, dann wieder im Jahre 1869 für nur 1500, in den Jahren 1873 und 1874 für 1522 und 1588 Millionen Francs; mit Belgien vor 1861 für 328, im Jahre 1865 für 562, im Jahre 1869 für 611 und im Jahre 1873 für 945 Millionen Francs, mit der Schweiz im Jahre 1865 für 321, im Jahre 1873 für 1129 Mill. Frs. Geschäfte gemacht. In ähnlichem, wenn auch etwas geringerem Verhältnis sind die Handelsbeziehungen mit Italien, Österreich, den Niederlanden, Schweden und Norwegen und mit dem deutschen Reich gestiegen: im Jahre 1865 bestieg die Biffen des Geschäftsbetriebs zwischen Frankreich und Deutschland 385, im Jahre 1869 419 und im Jahre 1873 774 Millionen. Nachdem die Handelskammern ihre Gutachten abgegeben, wird der Oberhandelsrat sie zu prüfen und einen Besluß zu fassen haben. „Die Unterhandlungen mit den Nachbarstaaten“, schreibt das Dokument, „können beginnen, oder sie haben vielmehr mit Italien schon begonnen und es ist hohe Zeit, daß sie auch mit den anderen Staaten eingeleitet werden; es ist hohe Zeit, für die Zukunft unseres Handels zu sorgen. Ihre Regierung, Herr Präsident, sieht diesen Verhandlungen und Unterhandlungen mit patriotischem Vertrauen entgegen, denn sie werden abermals zeigen, was nach dem Missgeschick und den schweren Schlägen, die uns betroffen haben, unser Land von seiner Arbeit erwartet, und welche Hoffnungen es in die Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens setzt.“

Paris, 11. Februar. Das "Univers" enthält, wie die "R. Blg." mitteilt, eine lange Korrespondenz aus Rom, die sich fast einzigt mit dem Besuch des Kardinal als Hohenlohe daselbst beschäftigt. Der klerikale Briefsteller tut sehr geheim, aber er kann eine gewisse Freude über die Anwesenheit des Kardinals nicht unterdrücken, und möchte den Glauben verbreiten, dasselbe komme als Abgesandter des deutschen Kaisers, um den Frieden anzubieten! Er meint, eine Mission habe Hohenlohe nicht und könne sie nicht haben, weil er als Kardinal nur päpstliche Missionen annehmen kann, aber aus Höflichkeit, und um etwas Gutes zu thun, hat er wohl einen Auftrag übernehmen können, was eine ganz andere Sache ist. Von der Natur dieses Auftrags macht sich der Schreiber eine eigentümliche Vorstellung: „Wenn es wahr ist, daß der Kardinal dem Papst eine Mitteilung zu machen hat, so kann diese Mitteilung nur den Charakter einer Annäherung oder eines Annäherungswunsches von Seiten Preußens haben. Jede Annäherung zwischen Preußen und der Kirche aber ist ein Anfang des Bruches zwischen Preußen und Italien... Wenn der Tag, an welchem Bismarck's toller Lauf Einhalt gehabt wird, noch nicht da ist, so ist er doch nahe. Was wäre es wunderbares, wenn Preußen die Italiener plötzlich fragte: Wer hat euch erlaubt, nach Rom zu gehen? Sie mögen antworten „Ihr“ so viel sie wollen, die Deutschen werden nichts hören wollen.“ Im Weiteren setzt der Korrespondent auseinander, der heilige Vater werde nur nachgeben, „wenn Deutschland den

Katholiken den Frieden zufügt, den es ihnen genommen". Aus allem geht hervor, daß die Ultramontanen wirklich noch immer die thörichte Hoffnung lieblosen, Deutschland sollte die Italiener wieder aus Rom verjagen! Dann aber ist, auch hier von abgesehen, nicht zu verkennen, daß sie die Ankunft eines deutschen Unterhändlers im römischen Lager offenbar gern sehen würden. Alle die vornehm thuenden Redensarten, alle Versuche, dem Kaiser von Deutschland die Initiative der Annäherungsversuche zuzuschieben, können die Thatsache nicht verschleiern, daß die Kurie den Kirchenstreit nicht mehr vortheilhaft findet.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. Februar.

r. Der Posen'sche Provinzial-Baugewerken-Verein nahm in seiner gestrigen Versammlung (dem ersten Baugewerkstage) einen Antrag des Maurermeisters Brauns, Vorsitzenden des Vereins, an, auf dem Delegirten-Tage deutscher Baugewerksmeister zu Nürnberg (20.—22. d. M.) Anträge in Betr. der Errichtung von Lehrschul- und Fachschulen im gesammten Bezirke des Verbandes der Deutschen Baugewerksmeister einzubringen. — In den Vorstand des Posenschen Provinzial-Baugewerken-Vereins wurden gewählt die Maurermeister Brauns (Vorsitzender), Stammer (stellvertretender Vorsitzender), Weiche (Schriftführer), Negeudank (Kassier), Wegner, Wallmann, Tirok (Gneisen), Jakiewicz (Kosten) zu Weißbären; zum Direktionsmitgliede für Berlin Maurermeister Brauns, und zum Delegirten für den Delegirtentag in Nürnberg Maurermeister Stammer (Posen) an Stelle des Maurermeisters Brauns, welcher abgelehnt hatte.

Aus Hradisch in Mähren hat der "Kurier Poznański" einen Brief erhalten, wonin der Märtyrer von Ostrowo" in überschwenglicher Weise gefeiert wird. Das von allen Seiten durch die Geistlichkeit herangetriebene Landvolk bringt ihm seine Huldigung und Bewunderung dar. Man wollte ihm in Hradisch einen festlichen Empfang bereiten, indeß verzögerte sich der Zug mit welchem Ledóchowski ankam wegen der Schneewehen, so daß dieser Plan der Ultramontanen zu Wasser wurde. Die Geistlichkeit der Umgegend versammelte sich auf die Kunde von der Ankunft Ledóchowskis in Hradisch und begrüßte ihn durch den Dekan von Weißbären, worauf Graf Ledóchowski in polnischer Sprache antwortete. Auch hatte er die Freude mehrere Deputationen der mährischen Landbevölkerung empfangen zu können, welche ihn in mährischer Sprache anredeten, worauf Ledóchowski ihnen polnisch antwortete und seinen Segen ertheilte. Der Kreisbeschreiber des "Kurier" meint auch, daß ihn die Glaubensstrenre und die Ehrlichkeit der biederem Mähren sehr an das polnische Landvolk erinnert. Dasselbe hat auch der Märtyrer ihm gegenüber geäußert, denn auf ihren Gestaltern ruht derselbe Friede und dieselbe Frömmigkeit schmückt ihre Züge". Im Kreise der Familie seines Bruders Anton befindet sich der Kardinal sehr wohl und ermuntert die Kinder derselben zu sorgloser Heiterkeit und fröhlichen Spielen, auch zeigt er sich ihnen gegenüber voll Güte und Lebhaftigkeit. Von seinen Landsleuten haben ihn in Hradisch die Herren Stanislaus v. Chlapowski und Adolf v. Kożuchowski besucht, worüber er eine große Freude bezogt. Andere Besuche sollen noch in Aussicht stehen. Über die ferneren Absichten Ledóchowskis läßt sich der ultramontane Berichtsteller folgendermaßen vernehmen:

"Auch in hier ein Geistlicher aus Lemberg mit einer herzlichen Einladung des Erzbischofs Wierzbicki eingetroffen. Gewiß wird sich daher unser Erzbischof nach Lemberg begeben. Uebermorgen, am Montage (den 14.) wird er nach Krakau reisen, wo er Dienstag früh eintreffen und im Palais der Fürstin Lukomirska abstiegen wird. In Rom bereitet man, wie von dort geschrieben wird, große Empfangsfeierlichkeiten für Sr. Eminenz vor. Unser Kardinal wird dort ein Gast des heil. Vaters sein. Auf dem Bahnhofe sollen ihn hervorrangige geistliche und weltliche Persönlichkeiten in Empfang nehmen. Bereitdene katholische Vereine zu Rom werden sich gleich in den ersten Tagen Sr. Eminenz in den Gemächern des Kardinals Borromeo vorstellen. Die römisch-katholische Akademie der Musik wird ein Abendkonzert veranstalten. Alle gutgestandnen Römer und Fremden wollen ihm ihre Hochachtung bezeigen, wann sie dies nicht persönlich können, so werden sie sich bei ihm einschreiben oder ihre Visitenkarten zurücklassen.

Der Kardinal hat auf die Einladung des Lemberger Erzbischofs geantwortet, daß er auch ohnedies die Stadt gebaut habe, den großen Metropolen zu besuchen, um ihm für das herzliche Schreiben mit der Unterschrift der galizischen Bischöfe zu danken, welches er im Gefängnis zu Ostrowo erhalten hatte und um die aus Gneisen vertriebenen Franziskanerinnen zu sehen und die armen Verbannten durch seinen geistlichen Segen zu stärken.

Ich kann auch nicht genug beschreiben, wie viel Freuden ich hier erlebe. Ich erwähne, daß hier zahlreiche Adressen und Telegramme einlaufen, in welchen Vereine und einzelne Personen ihre Erfurcht und Hochachtung für den großen Belenner Christus an den Tag legen."

Der "Kurier Poznański" reproduziert mit schildlichem Wohlgefallen einen Artikel des ultramontanen "Cech" in Prag, in welchem Ledóchowski nicht nur in der üblichen Weise verhimmelt, sondern auch als slawischer Bischof gefeiert wird, dessen Anwesenheit ein neues Band der aufrichtigen katholischen und slawischen Freundschaft zwischen den Tschechen und Polen sein werde, jenen beiden Völkern, die durch schrecklichen Feinde ihres Glaubens und ihrer Sprache ausgesetzt waren. "Wenn so in Prag ist, was wird da erst anderswo finden — was wird erst in Rom stattfinden, wo der heil. Vater der Cech" eine bisher noch nicht bekannte Aeußerung Ledóchowskis in Prag an: "Ich muß meiner Geistlichkeit öffentlich das gute Bemühen ausschließen, daß sie erfüllt mit einem äußerlichen Geiste wie die böhmische, für die heilige Sache mit einer bewunderungswürdigen Kraft kämpft."

Der Verein posener Lehrer hielt am 11. d. Mts. seine regelmäßige Versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Dr. Kriekel, eröffnete dieselbe und machte in Folge eines eingegangenen anonymen Schreibens die Mitteilung, daß der Vorstand niemals anonym abgeschaffte Anträge berücksichtigen werde. Hierauf erstattete Herr Mittelschullehrer Kupke einen ziemlich speziellen Bericht über seine im vergangenen Sommer unternommene Reise nach der Schweiz. Seinen Schülern folgten die Zuhörer mit großem Interesse, und hat der Vortragende seinen Zweck, die Neiselust in den Mitgliedern wach zu rufen, sicher erreicht. Möchten nur der Ausführung keine Hindernisse entgegen treten.

— Polizeibericht. Verloren: 1 silberne Unteruhr mit Ketten, 2 Portemonnaies mit Inhalt, 1 Peitschen, 1 goldener Siegelring, mit glatter goldenen Platte. Zugelaufen: 1 kleiner schwarzer Hund mit weißer Brust bei Kaufmann Kuhnau, Breitestr. 20.

△ Biene, 13. Februar. [Landwehrverein.] Wie bereits angekündigt, fand heute Nachmittag im Kullal'schen Saale behufs Gründung eines Landwehrvereins für die hiesige Stadt und Umgegend unter dem Vorsitz desjenigen Dominalbesitzers Fr. v. Massenbach eine Versammlung statt, an welcher ca. 100 ehemalige Soldaten Theil nahmen. Vor Beginn der Verhandlungen hielt Herr v. Massenbach ein Ansprache, in welcher derselbe die Tendenzen des Vereins in eingehender Weise besprach und zur reichen Teilnahme aufforderte. Hierauf wurden die Statuten unter Zugrundelegung der Statuten des protoschiner Landwehrvereins entworfen und mit der Modifizierung angenommen, daß das Vereinsjahr mit dem 1. Januar beginnen und das Protektorat des Vereins dem Ober-Reitergericht Fr. v. Massenbach zu Posen übertragen werden solle. Hierauf

schrift man zur Vorstandswahl und wurden die Herren: G. v. Massenbach aus Biene als Vorsitzender, Bürgermeister Szablikowski als dessen Stellvertreter, Rechnungsführer Bachmann als Rendant, Stadtkonsistorialrat Vallack als Schriftführer, Eigentümer Julius Sauer aus Bamberg und Eigentümer Wilhelm Bruch aus Turowo-Hauland, letztere Beide als Beisitzer, einstimmig gewählt. Der Verein zählt gegenwärtig bereits 43 Mitglieder.

— r. Wollstein, 13. Februar. [Einführung des katholischen Kirchenvorstandes. Städtische Sparkasse.] Am 10. d. M. fand im hiesigen katholischen Schulhaus die Konstituierung des vor kurzem gewählten katholischen Kirchenvorstandes statt. Mit dem Vorsitz hatte das Landratsamt den zum Kirchenrat gewählten Stadtkämmerer Krause betraut. Es wurden gewählt: Kämmerer Krause zum Vorsitzenden, Bureauvorsteher Senftleben zu dessen Stellvertreter und Kaufmann Schol zum Kassier — Die Einlagen bei der hiesigen städtischen Sparkasse betrugen am Schluß des Jahres 1874 rund 361.033 M., hierzu kam im Jahre 1875 ein Zuwachs von 116.242 M. Nach Abzug der während des Jahres 1875 zurückgezahlten Einlagen im Betrage von 79.702 M. beträgt der Zuwachs 36.540 M. Der Betrag der sämtlichen Einlagen belief sich demnach am 1. Januar d. J. auf 397.573 M. Hieron sind vergleichsweise angelegt in Hypotheken 137.266 M., in Wechseln unter Bürgschaft 258.960 M. Die Sparkasse besteht seit 1860.

□ Wongrowitz, 12. Februar. [Kreislehrerkonferenz.] Am 10. Februar fand in Wongrowitz unter Leitung des königl. Kreis-Schulinspektors Herrn Görtner im Prinz'schen Saale eine Kreislehrerkonferenz statt, zu welcher alle Schulinspektoren und Lehrer des Kreises ohne Unterschied der Konfession eingeladen waren. Die Konferenz wurde um 11 Uhr mit Gebet eröffnet, worauf der Vorsitzende den Landrat, Grafen Posadowski, die Schulinspektoren und die Lehrer begrüßte und namentlich den ersten erschienenen, durch das sie aufs Neue ihr warmes Interesse für die Volksschule dokumentirten, seinen Dank aussprach. Erschienen waren der hiesige Landrat, 4 weltliche und 5 geistliche Schulinspektoren, unter letzteren 3 kath. und 2 ev. und gegen 100 Lehrer. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schritt man der Tagesordnung gemäß zur Gründung einer Kreis Lehrerbibliothek. Die Regierung zu Bromberg bewilligt als einmaliges Budget 200 M. und jedes Mitglied zahlt voraussichtlich für das laufende Jahr 3 M. In den Vorstand wurden gewählt: Storz-Wongrowitz zum Oberbibliothekar, ferner die Herren Malder, Marcuse und Räding. Der Kreis wurde in 7 Lesebezirke eingeteilt. Der zweite Punkt der Tagesordnung war die Einrichtung von Schülerbibliotheken. Im Anschluß an den Lehrerverein werden Bezirkskonferenzen errichtet, in welchen den Lehrern Gelegenheit geboten werden soll, außer Anderem auch über die gelesenen Bücher zu referieren. Hierauf folgte nach einer kurzen Pause der Vortrag des Lehrers Swat-Wongrowitz über das selbstgewählte Thema: „Sinn und Bedeutung der Regel: „Unterrichte anschaulich!“ mit besonderer Berücksichtigung des Reichsmitterrichtes im Rahmenraume von 1—100.“ Im ersten Theile wies der Referent die Bedeutung des anschaulichen Unterrichts in allen Fächern nach und zeigte, wie der Lehrer konkrete und abstrakte Begriffe seinen Kindern am leichtesten klar machen kann. Im zweiten Theile zeigte der Referent, auf mehrjährige Praxis gestützt, wie der Rechenunterricht im Rahmenraume bis 100 gründlich durchgenommen werden muß, um als Grundlage für die übrigen Rechenunterrichten zu dienen. Das Korreferat ließ die Herrn Spychalski-Cieczko. Die darauf unter Leitung des Herrn Vorsitzenden folgende lebhafte Debatte fand ihren befriedigenden Ausgang, da jeder Anwesente seine Ansicht frei aussprechen konnte, was früher so sehr verhindert wurde. Nach 2 Uhr wurde die Konferenz geschlossen. Kurz darauf vereinigte ein gemeinschaftliches Mahl die Anwesenden, wobei ein Toast auf den Kaiser und nach Abstimmung der Volkshymne ein Toast auf den Kultusminister ausgetragen wurde. Letzterem überwand die Konferenz folgendes Telegramm: „Inspektoren und Lehrer des Kreises Wongrowitz zur Kreiskonferenz vereint, bringen Em. Excellenz, als dem edien Mann, welcher dem jugendlichen Staate die Schule zur dienenden liebenden Gattin gefreit, in dankbarer Verehrung ein jubelndes Hoch aus.“ Die Gesellschaft blieb in heiterer Stimmung bis zu später Abendstunde.

Die Duellaffaire Meyer-Bamberger

gelangte am 14. d. in Berlin vor der sechsten Deputation des Kriminalgerichts zur gerichtlichen Verhandlung. Der von der Anklage schrift resumirte Thatbestand ist unsern Lesern noch frisch im Gedächtnis, so daß wir von der Wiedergabe desselben absiehen zu dürfen glauben; die Anklage selbst, welche den Dr. Meyer der Herr auctor ersterung zum Zweck mit tödlichen Waffen bezichtigt, wurde erst in Folge des von dem Angeklagten in der "Germania" veröffentlichten Briefwechsels eingeleitet. Die "Nat. Blg." berichtet: Der Angeklagte gibt den Thatbestand, wie ihn die Anklageschrift resumirt, im Wesentlichen als richtig zu, nur bestreitet er, daß er sich durch die Erklärung Bambergers in Nr. 485 der "Nat. Blg." vom 14. Dezember v. J. als bestreitigt erklärt habe. Er gibt ferner als richtig zu, daß Dr. Klee mit seinem Wissen und Willen den Dr. Bamberger auf geogene Pistolen mit 15 Schuß Distanz forderte; Bamberger habe jedoch entschieden abgelehnt, bis zum 13. Dezember Mittags eine befriedigende Erklärung in der Presse abzugeben oder sich mit ihm zu schließen. — Befragt, welche Bewandtniß es mit einem von ihm im Laufe der Voruntersuchung an die Staatsanwaltschaft gerichteten Schreiben habe, in welchem er unter Bezugnahme auf den Artikel der "Nat. Blg." vom 14. Dez. v. J. den Schutz des § 204 des Strafgesetzbuches (freiwilliges Zurüktreten von der Absicht der Herausforderung) für sich in Anspruch nimmt, antwortete der Angeklagte, er habe noch dem Artikel der "Nat. Blg." vom 14. Dezember von der Absicht abgestanden, sich persönlich Genugthuung zu verschaffen; er gewünschte die Abstellung der Witzlinde, über die er sich zu beklagen habe, auf legislativem Wege anzustreben. Es folgte die Verlesung einer Stelle aus der "D. Eisenbahn-Zeitung" vom 19. Dezember v. J. welche den Artikel der "Nat. Blg." vom 13. Dezember recapituliert, der von dem Gehabre einer "Republikempfehlung" spricht, welche die Dummdreistigkeit besitzt, sich als Sendling des Reichskanzlers aufzuspielen und sich gegen die Einführung der amerikanischen Sitte verwarf, die Debatten des Reichstages mit Pistolen zu bestreiten. Sodann kommt zur Verlesung der Artikel der "Nat. Blg." vom 14. Dezember, in welchem eine private Neuherzung des Abg. Bamberger wiedergegeben wird, dahin gehend, daß seine Rede im Reichstage sich nicht auf Dr. Meyer beziehe, er aber jede weitere Erklärung in dieser Sache ablehnen müsse. — Ferner wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein zu den Akten der Voruntersuchung gegebenes Schreiben des Angeklagten verlesen, in welchem er den Schutz des § 204 des Strafgesetzbuches anruft, da er in Folge des gedachten Artikels der "Nat. Blg." vom 14. Dezember sich befriedigt erachtete. Am 13. Januar forderte die Staatsanwaltschaft den Angeklagten auf, Auskunft darüber zu geben, in welcher Weise er dem Dr. Bamberger den Befreiungstritt von der Herausforderung zu erkennen gegeben habe, worauf Dr. Meyer er unter 15. Januar antwortete, er lehne jede Erklärung in diesem Sinne ab, verlange aber, der Staatsanwalt solle ihn mit denselben Worte messen, wie sein Amtsvorgänger Dr. v. Bock.

Dr. Meyer: Er sei mit dem Strafgesetzbuch nicht allzusehr bekannt, und nur aus Irrthum habe er sich in der Voruntersuchung auf § 204 des Strafgesetzbuches berufen. Heute gedenke er seine Vertheidigung auf Grund des § 53 (Notwehr) zu führen. Schön vor dem Untersuchungsrichter habe er erklärt, auf jede Satzung seitens Bambergers verzichten zu wollen, nachdem derselbe sowohl eine Erklärung wie das Duell abgelebt hat. Er halte ein solches Verfahren für gesellschaftlich unzulässig. Die beiden Artikel der "Nat. Blg." gehen von ganz verschiedener Auffassung aus; der vom 13. Dezember verhöhne und verspotten ihn, in dem vom 14. Dezember dokumentieren sich aber eine anständigere Haltung, und damit glaube er die Sache vorläufig auf sich beruhnen lassen zu können. Den Briefwechsel zwischen ihm und seinem Kartellträger Dr. Klee habe

er am 15. Dezember in der "Germania" veröffentlicht, und zwar in Folge der Angriffe der liberalen Presse, die ihn seit dem letzten eisenacher Kongreß unaufhörlich durch den Roth schleife. Eine delicate Erklärung an Bamberger bezüglich der Zurücknahme der Herausforderung habe er nicht abgegeben, er denkt auch für die Zukunft nicht daran, weil er Bamberger nicht für satisaktionfähig halte. Nachdem noch der Briefwechsel aus der "Germania" vom 15. Januar verlesen, schritt der Gerichtshof zur Beweisaufnahme.

Als Zeugen waren geladen Reichstagsabgeordneter Dr. Bamberger, der Kartellträger des Angelagten, Dr. Klee, der Chef Redakteur der "Nat. Blg." Dernburg und der Abg. Dr. Kapp. Der Gerichtshof begnügte sich jedoch mit der Vernehmung des ersten Zeugen. Dr. Bamberger deponierte auf die Fragen des Präsidenten: er habe von der ganzen Duell-Angelegenheit erst zwei oder drei Tage nach seiner Rede im Reichstage vom 7. Dezember Kenntnis erhalten. An diesem Tage ließ ihn Dr. Klee aus der Sitzung des Reichstages herausrufen, um ihm mitzuteilen, daß Dr. Meyer in der unangenehmen Lage sich befindet, die bezüglichen Aeußerungen in seiner Rede auf sich zu beziehen, um eine betreffende Erklärung von ihm zu verlangen. Er habe darauf geantwortet, er habe Niemand genannt, es könne ihm also auch nicht zugemutet werden, irgend eine Erklärung abzugeben. Er glaube, schon damals fiel seitens des Dr. Klee die Aeußerung, er (der Zeuge) könne von Mensch zu Mensch erklären, daß er Dr. Meyer nicht gemeint; er habe geantwortet, er habe an Dr. Meyer gar nicht gedacht und damit glaubte er die Angelegenheit beendet. Irgend ein Schritt, welcher auf die Zurücknahme der Herausforderung durch den Angelagten deutete, sei ihm nicht bekannt geworden. Durch die Artikel der "Nationalzeitung" vom 14. Dezember sei zwar ohne sein Zuthun, aber Herr Dernburg zur Durchsicht vorgelegt wurde. An den Beruheligt; er glaube, seine Unterhändler hätten eine direkt ablehnende Antwort gegeben. Er könne auch weder behaupten noch beweisen, daß Dr. Meyer sich auf dem letzten eisenacher Kongreß als Sendbote des Fürsten Bismarck ausgegeben; er könne nur wiederholen, daß er bei seiner Rede gar nicht an Dr. Meyer gedacht habe. — Dr. Meyer erklärte dem Zeugen im öffentlichen Interesse eine Erklärung darüber abzuverlangen, auf wen sich seine Reichstagsrede bezog, oder welche positive Kenntnis von Thatsachen ihn veranlaßte, außerhalb des Reichstages in der geschobenen Art zu verleumten, und schließlich ob er Anträge erlaubt habe, die Verlehung des Stenogrammes über den letzten eisenacher Kongreß, zum Beweise dafür, daß er nur dort für die Einführung des Schulzolls sprach und deshalb die Aeußerung Bamberger's auf sich beziehen müsse. Alle diese Anträge lehnte jedoch der Gerichtshof ab.

Der Staatsanwalt Freiherr erachtete in seinem Plaidoyer im nächsten als feststehend, daß der Angelagte nicht durch den Artikel der "Nationalzeitung" vom 14. Dezember bewogen worden sei, die Herausforderung zurückzunehmen, denn sonst könnte es ihm mit derselben gar nicht Ernst gewesen sein. In der "Germania" habe der Angelagte ausdrücklich erklärt, daß Bamberger eine persönliche Auseinandersetzung unmöglich gemacht habe. Er hatte außerdem sein Burkhardt irgendeine zu erkennen geben müssen, da eine Herausforderung so lange besteht, bis sie ausdrücklich zurückgenommen wird. Ebenso wenig sei der Einwand der Notwehr sichhaltig. Auf die Borgänge in Eisenach wollte er nicht näher eingehen, da dieselben in vorliegenden Bambergers erörtern, von der geschobenen Stelle als Reichstagsabgeordneter eine derartige Kritik zu üben, die außerhalb des Reichstages ausgesprochen, ohne Zweifel auf Grund des Paragraph 183 des Strafgesetzes verfolgt werden könnte. In Folge der Aeußerungen der Presse glaubte der Angelagte diese Kritik auf sich beziehen zu müssen, und es sei sehr natürlich, daß ein Mann, dem kein gesetzliches Mittel der Genugthuung zur Seite steht, etwas gerecht darüber dent; ja nach der Geschäftsordnung des Reichstags wäre Bamberger selbst nicht im Stande gewesen, an derselben Stelle die Sache nochmals zu berühren, und mit Recht möge wohl der Angeklagte behaupten, die Presse würde eine einseitige Erklärung von ihm müssen, daher bei der Abmessung der Strafe als mildernd ins Gewicht fallen, ebenso der Umstand, daß die Herausforderung nicht ohne weiteres gestellt wurde, sondern daß derselbe friedliche Verhandlungen vorhergingen. Er beantragte aus allen diesen Gründen eine 14-tägige Festsetzung.

Der Angelagte versicherte, daß er die Sache ursprünglich als eine rein persönliche ansaßt, auch nicht die ersten Publikationen in der Presse verurteilt habe. Er habe weder die Angelegenheit auf politisches Gebiet hinübergespillet, noch seine Ehre fremden Personen anvertraut, wie Dr. Bamberger gelobt, er pflege das selber zu besorgen. Er wünschte nur eine reizende Aeußerung Bambergers im Reichstage, und als er aus den Mitteilungen des Dr. Klee entnahm, daß Bamberger nicht in dem Artikel der "Nat. Blg." bestreitigt, Er hinterher sei er Bamberger auf das politische Gebiet gefolgt, und sollte der Reichstag wirklich seine Petition zu den Akten legen, wie verlautet, so werde man die Abgeordneten in zwei Parteien teilen müssen, in welche verschiedene Konservativen einfallen; ja nach der Geschäftsordnung des Reichstags wäre Bamberger selbst nicht im Stande gewesen, an derselben Stelle die Sache nochmals zu berühren, und mit Recht möge wohl der Angeklagte behaupten, die Presse würde eine einseitige Erklärung von ihm müssen, daher bei der Abmessung der Strafe nicht, wenn das Gericht durch einen Urtheilspruch feststelle, in welcher Weise sich der Verteidiger gegen die Herausforderung verteidigen kann. Durch den Artikel der "Nat. Blg." sei er tatsächlich bestimmt worden, die Herausforderung zurückzunehmen; er habe überhaupt jede Verbindung mit Bamberger abgebrochen, so daß er eventuell dessen Kartellträger die Thür wiedereingehen kann.

Auf die Aufforderung des Präsidenten, bei der Sache zu bleiben, erwiderte der Angeklagte, er hätte gewünscht, seine Stimme hier klar zu legen. Die Notwehr anlangend, erinnerte er an die Vorlesung Bockmairs an den Prof. Bockmair, an die Manteuffels an den Zweiten; er habe nicht gehört, daß der Staatsanwalt gegen diese Herausforderer eingetreten sei. — Der Präsident erinnert an das Kleid, welches Fürst Bismarck trägt, um zu begreifen, daß das Stadtgericht gegen denselben keine Anklage erheben könne. — Der Angeklagte (sorjafend): Er habe nicht gehört, daß der Auditor vorgegangen ist. Im Falle der Notwehr habe er sich befunden, daß der Staatsanwalt selber anerkannte, daß ein strafbarer Angriff, des Abg. Bamberger gegen ihn vorlag, ohne daß, wie in England, die in der Presse wiedergegebene beleidigende Aeußerung gesetzlich zu verfolgen ist. Er scheue die kleine Festungsstrafe nicht, wenn das Gericht durch seinen Urtheilspruch feststelle, in welcher Weise sich der Verteidiger gegen die Herausforderung verteidigen kann. Durch den Artikel der "Nat. Blg." sei er tatsächlich bestimmt worden, die Herausforderung zurückzunehmen; er habe überhaupt jede Verbindung mit Bamberger abgebrochen, so daß er eventuell dessen Kartellträger die Thür weiden würde.

Nachdem der Staatsanwalt kurz repliziert, daß die angebliche Herausforderung Bockmair's durch den Fürsten Bismarck allerdings beim Militärgericht zur Sprache gekommen, eine Untersuchung aber nicht eingeleitet werden konnte, weil kein anderes Material als vage Zeitungsausdrücke vorlag, zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Das Urtheil laut

dem ersten Richter, der eine stillschweigende Vereinbarung annahm, auch zur Zahlung der 100 Thaler verurtheilt wurde. Das Kammergericht aber wies die Klägerin ab, da sie ja selbst konstatiert habe, daß das Werk nicht zum Buchhändler, sondern nur zum Theater-Preise existiere, so daß sie überhaupt nichts hätte fordern können, zumal die Bestellung nur für den Buchhändler-Preis gelauget habe.

Staats- und Volkswirthschaft.

Berlin, 12 Februar. [Wöchentlicher Börsenbericht.] Geldüberfluss ist die Devise für die heutige abgelaufene Geschäftswoche. Wenn auch der Geldüberfluss kein solches Schreckensphant ist, wie Geldknappheit oder gar Geldmangel, so kann uns die zunehmende Abundanz des Geldmarktes doch ebensoviel erfreuen; denn ihr Ursprung basirt leider nicht in dem Aufschwunge des Nationalwohlstandes. Nur zu deutlich zeigt es sich, daß die Lässigkeit des Geldmarktes der Geschäftsschwäche entspringt, die mit bleaker Schwere alle Gebiete des Handels und Geschäftsvorlehrs bedrückt. Selbstverständlich kann der Verkehr an der Börse keine Ausnahme machen und wie der Januar verfloss, ohne entfernt Aussicht darauf zu eröffnen, daß das Jahr 1876 die schmerzlichen Wunden seiner drei Vorgänger eingemessen heilen werde, so hat auch ebenso der Februar begonnen. Wer verrät die Börsen, daß sie schon Neigung hätten, in eine Haussbewegung einzutreten, doch scheint der richtige Zeitpunkt nicht recht kommen zu wollen. Die Defraudationen bei der Oesterreichischen Kreditanstalt haben die Börsen von Neuem erschreckt, und wenn man auch die dadurch entstandenen Verluste des Institutes im Course hinreichend berücksichtigt hält, so ist doch das Vertrauen zu erneuter spekulativer Unternehmung stark erschüttert.

Bon den internationalen Spekulationen waren nur Kreditanstalten lebhaft, während Franzosen und Lombarden mehr vernachlässigt blieben. Zwar schlossen auch diese der weibenden Richtung der Kreditanstalten sich an, da aber die Umsätze im Allgemeinen so eng begrenzt waren, so können sie noch nicht einmal als wirklich matt bezeichnet werden. Oesterr. Staatsbanknoten unterlagen einem Angriff der Börsen. Man torpte plötzlich die Dividende per 1875 auf 30 Frs. und setzte die Nachricht in Umlauf, daß der wiener Verwaltungsrath entschieden gegen jede Heranziehung des Reservefonds zur Couponszahlung sei. Gleichzeitig aus Wien gemeldete mittern Coursnotierungen riefen hier eine Verstimmung gegen Franzosen hervor, die von der Kontrolle bestens benutzt ihren Maßstab in einer Coursherauslegung für die 12 M. findet. Wenn auch der wiener Verwaltungsrath ein größeres Aktienkapital (ca. 7/8) des Gesamtbetrages repräsentiert, Lombarden verhalten sich ruhig, die Parteien scheinen hierfür erst ihre Kräfte zu organisieren.

Vom sonstigen Verkehr hätten wir noch anzuführen, daß inländische Eisenbahnen etwas mehr Leben verriethen. Besonders waren es letzte Bahngesellschaften, denen sich die Nachfrage zuwandte. Die reichlichen Mittel, über die der Geldmarkt augenblicklich verfügt, suchen hier zum Teil Anlage. Der verhältnismäßig sehr hohe Zinsfuß, der in den übrigen Börsenjahren (4 p.C.) vom Nominalbetrag) gewährt wird, giebt hierzu genügende Unregung. Bankaktien blieben unbewegt und in noch geringerem Maße beteiligten sich die Industriepapiere am Verkehr. Die anderen Werthe blieben ganz unbeachtet. Einheimische Bonds trugen einen festen Charakter, nicht so die ausländischen Staatspapiere. Für russische Werthe war zeitweise das Angebot im Überangebot und trugen dieselben, obwohl die Coursveränderungen ganz belanglos blieben, vielfach Einbußen an der Notiz davon.

** Wien, 14. Februar. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betrugen in der Woche vom 1. bis zum 7. Februar 155,720 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehrerstattung von 11,054 Fl.

Vermissenes.

* Aus Stangen's Reisebüro in Berlin geht uns folgende Meldung zu: Das Auswärtige Amt des deutschen Reiches hat auch in diesem Jahre in sehr entgegenkommender Weise die deutschen Generalkonsulate und Konsulate im Orient ersucht, die Wahrung der Interessen des Hrn. Carl Stangen bei Ausführung seiner diesjährigen (28) Orientreise sich angelegen sein zu lassen.

* In Berlin — und wohl auch anderwärts — wird zur schnellen Wölfung von Schnee und Eis auf Trottoirs, Brücken u. s. w. Streusalz angewandt und seitdem in den Familien über „kalte Füße“ und die Folgen davon geflagt. Der „Volks-Ztg.“ entnehmen mir folgendes auf diesen Klagepunkt näher eingehendes Schreiben: „Schnee resp. Eis mit Kochsalz gemischt ist eine allgemein bekannte und angewandte Kältemischung. Das bekleunigte Schmelzen des Schnees erzeugt erhöhte Kälte. Während auf gewöhnliche Weise schmelzender Schnee ein Wasser von 0 Grad liefert, ist das Wasser von Salz und Schnee bei uns eine lange Zeit nach der Bildung viele Grade unter 0, bis 12 Grad. Das Herumlaufen in diesem Gemisch geht natürlich durch die dicken Stiefel hindurch eisig kalte Füße, wie über solche auch gerade in diesem Jahre häufig gellagt wird. Nun sind es aber nicht nur die bestreuten Stellen, welche Kälte geben, sondern das am Fußzeug haftende und eingezogene Salzwasser bewirkt ein künstliches Schneebauen an nicht bestreuten Stellen unter der Sohle, was trägt auf diese Weise einen Kälteerzeugungsapparat an seinen Schuhen u. Stiefeln mit herum. Daß dies der Gesundheit gefährlich ist, ist wohl jeder Frage. Jetzt tritt nun noch der besonders unangenehme Umstand ein, daß das Salz aus den Sohlen nicht zu entfernen ist. Ein Paar einmal mit Salzwasser durchzogene Stiefel behalten selbst getrocknet die Eigenschaft der Kälteerzeugung, sowie sie wieder mit Schnee und Eis in Berührung kommen, und dies findet unter den meistens ungünstigen Umständen täglich statt, so lange Schnee liegt. Namentlich im Interesse unserer Schul Kinder ist die Frage sehr ernstlich zu prüfen. Dieselben kommen mit nassen, eisgekälten Füßen zur Schule, mit dem Gefühl von Kälte trocknen ihnen die Schuhe nach und nach während der Schulstunden am Fuß, um dann beim Nachhausegehen um so mehr Kälte erzeugend zu wirken; und so fort und fort wiederholt sich das Spiel so lange, als es Schnee gibt. — Einen Beweis von der Kälte, Schutz- und Kälteerzeugung durch die Anwendung des Schneefalls, Schmelz- und Kälteerzeugung durch die Anwendung des Schneefalls sieht auch der schredliche Zustand des Bodens der Pferdeisenbahnen; die Unterlagen werden nie von einem Zaun zum andern einigermaßen trocken und es leiden sämtliche Passagiere darunter.“

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Weimar, 14. Februar. Der Landtag ist heute wieder eröffnet worden. Die Propositionsschrift hebt als Gegenstände der Berathung für die eröffnete außerordentliche Session u. a. eine Vorlage, betreffend die Regelung der durch die Reichsgesetzgebung berührten kirchlichen Verhältnisse, einen Gesetzentwurf über die Landtags- und die Bezirks-Ausschusswahlen, sowie eine Vorlage über den Abschluß der Domänenfrage hervor und giebt der freudigen Genugthuung des Großherzogs über den Anteil der Bevölkerung an der Vermählung der Prinzessin Marie Ausdruck.

Paris, 14. Februar. Gegen das radikal-republikanische Journal „République française“ ist wegen eines den Minister Buffet besiedigten Artikels die gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden. Der Akademiker Carre und Dr. Andral, Mitglied des Instituts, sind

gestorben. — Die Temperatur ist erheblich milder geworden, hier ist heute Thauwetter eingetreten.

Madrid, 14. Februar. Gestern hat eine Vorversammlung von 207 Deputirten stattgefunden, welcher auch der Minister-Präsident Canovas del Castillo beiwohnte. Letzterer hielt eine Rede und sprach dabei die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Bürgerkrieges, sowie die Sicherung aus, daß er dann vor Allem sich angelegen sein lassen werde, den finanziellen Kredit Spaniens wieder herzustellen.

Konstantinopel, 14. Februar. Der Sultan hat sich von seinem leichten Unwohlsein erholt. Namlyk Pascha ist zum Präsidenten des Staatsrats ernannt worden. An Stelle Server Paschas, welcher das Ministerium für öffentliche Bauten übernimmt, wurde Halil Pascha zum Mitglied des Staatsrates ernannt.

Philadelphia, 13. Februar. Für die internationale Ausstellung sind deutscherseits bis jetzt ca. 1100 Aussteller angemeldet worden. Gegen 1000 Aussteller gehören der Industrie, die übrigen den verschiedenen Kunstbranchen an. England, mit ca. 800 Ausstellern, steht bis jetzt hinter Deutschland zurück, während der England eingeräumte Ausstellungsräum den Deutschland zugewiesenen übersteigt. Nach nunmehriger Bestimmung sind den deutschen Ausstellern in der Jury 12 Plätze eingeräumt. Nach Branchen sind deutscherseits am zahlreichsten vertreten die Buchdruckerei und der Buch- und Kunstverlag mit 140 Ausstellern. Die Vereinigung der Aussteller chemischer Fabrikate zählt 70 Aussteller, die Montanbranche 42. Elberfeld ist durch 91 Aussteller vertreten. Aachen-Burtscheid durch 8 Aussteller, Gladbach durch 20, die Vereinigung der Schwarzwälder Uhrenaussteller durch 25, die Musikinstrumenten-Fabrikation von Mark-Neukirch (Sachsen) durch 12, die bairische Kollektion von Spiegelgläsern durch 15, Bier-, Hopfen- und einschlägige Literatur durch 10, die Vereinigung für Plattmetall und leonische Drähte durch 15, die nürnberg Spielwaren-Fabrikation durch 30, deutsche Weine und Champagner durch 65. Für mehr als 700 deutsche Aussteller fungirt Edward Schmidt (Firma: Schmidt und Grüninger, Philadelphia und New York) als Bevollmächtigter. Die Spedition von gegen 90 Prozent deutscher Güter wird von diesem Hause besorgt. Die Firma Krupp in Essen hat einen eigenen Dampfer ausgerüstet, der ihre Ausstellungsgegenstände und die der Montanbranche transportirt. Das deutsche Reich unterstützte namentlich die Kollektiv-Aussteller und subventionirte dieselben thatkräftig. Der Vertreter des deutschen Reichskanzleramtes, v. Beditz, wird Ausgangs des Monats hier erwartet.

Wien, 15. Februar. Unterrichteterseits wird gemeldet, der Statthalter Dalmatiens sei hierherberufen, um neue Instruktionen betreffs der Grenzbewachung zu erhalten; derselbe wird morgen hier erwartet.

London, 15. Februar. Den Regierungsbüllern zufolge erfolgte die Verstärkung des britischen Geschwaders in China wegen Plünderei des deutschen Schooners „Anna“ und um während der Abwesenheit der nach Perak gegangenen britischen Schiffe weiteren Plündерungen britischer oder fremdländischer Schiffe vorzubeugen. Die Verstärkungen sind keineswegs durch bevorstehende Verwicklungen mit China hervorgerufen.

Ungekommene Freunde

15. Februar.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Matthes aus Jankowice, Jouanne, Et. Mollard aus Gora, Martini aus Lutowo, Matthes und Frau aus Babno, die Kaufleute Rosenthaler aus Karlsruhe, Langstadt aus Dillmen, Gans, Oblowski und de la Croix aus Berlin, Czok aus Breslau.

SUCHOW'S HOTEL DE KOME. Die Rittergutsbesitzer Cohn aus Dembno, Kandler aus Rybno, Kientz, Bayer aus Golenczewo, Beising aus Barweiden. Oberamtmann Kinder aus Nochau und Beising aus Mur, Goslin. Die Kaufl. Scheider, Förster aus Berlin, Betske aus Hamburg, Schönen aus Bleichen, Littmann aus Magdeburg, Poegel aus Blauen i. B., Lassa, Walther aus Leipzig, Krauthaus aus Orlamünde, Waldef aus Bielefeld, Kahn aus Frankfurt a. M., Königsberger aus Breslau, Francke aus Lachen.

GRAND HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer von Dobryki aus Babilin, v. Hara Raditz aus Lewie, Graf Mielczki a. Siedmorogowo, v. Taczanowski a. Słomoszewo, v. Rogalski aus Neklowo, v. Arndt und Frau aus Dobiesiewic, v. Trzeinski a. Gnesen, die Kaufleute Toboll aus Schneidemühl, Wendel aus Schröda, Nikoleit aus Neppen, Szumianski aus Turek, Stromfeldt aus Cieleszyn.

Berliner Biehmarkt.

S Berlin, 14. Februar. [Wochenbericht.] Auf dem heutigen Biehmarkt waren zum Verlauf an Schlachtvieh eingetroffen: 2601 Stück Hornvieh, 6303 Stück Schweine, 1221 Stück Rinder und 7518 Stück Hammel. Hornvieh wurde ziemlich regen zum Export gelauft, da aber die Zutritts etwas stärker als in vorheriger Woche war und da der Losfallzettel nur höhernd in den Markt eingriff, so waren höhere Preise doch nicht zu erzielen. Prima-Ware wurde mit 54—57 M., IIa. mit 45—48 M. und III. mit 33—36 M. pr. 100 Pf. Fleischgewicht bezahlt. Schweine waren sehr begehrt und von Exporteuren gestern und vorgestern bereits aufgekauft, so daß nur ca. 4500 St. den heutigen Käufern zur Verfügung standen. Für beste fette Kernware muhte bis 64 M. pr. 100 Pf. Fleischgewicht angelegt. Von Hammeln verkaufte sich gute Ware leicht, dieselbe wurde vorzugsweise von englischen und französischen Händlern gekauft. Geringere Ware fand keine Abnehmer. Räuber muhten zu niedrigen Preisen abgegeben werden.

Gestern Abend um 9½ Uhr starb unser geliebte Gatte, Vater und Schwager, der Apothekenbesitzer

Adolph Pfuhl,

was tief betrübt hiermit anzeigen

die Hinterbliebenen.

Das Begräbniss findet Donnerstag um 3 Uhr statt.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Breslau, 14. Februar. Nachm. Anfangs matt, Schluß fester. Greifberger 80, 00. Oberholz 140, 00. R. Obers. - 100. 103, 75. do. Prioritäten 107, 75. Franzosen 512, 00. Lombarden 197, 50. Silberrente 64, 70. Rumäniens 27, 00. Breslauer Kontobank 64, 00. do. Wechslerbank 64, 00. Schles. Bank 81, 75. Kreditaktien 305, 50. Parzelle 56, 25. Oberholz Eisenbahnb. —. Oesterreich Bank 176, 75. Russ. Banknoten 264, 50. Schles. Bank 87, 75. Deutsche Bank —. Breslauer Prod. Wechslerb. —. Frankfurter Bank 86, 65. Schlesische Centralbahn —. Reichsbank 159, 50.

Frankfurt a. M., 14. Februar Nachmitt. 2 Uhr 30 Min. Reicht fest und lebhaft. Privatdiskont 2½ p.C. Schlußkursel Londoner Wechsel 204, 40. Pariser Wechsel 81, 25. Wiener Wechsel 176, 35. Franzosen 256, 40. Böhmis. Wechsel 158, 40. Lombard. 99. Galizier 165. Elisabethbahn 142, 50. Nordwestbahn 120, 40. Kreditaktien 155. Russ. Wechsel 85, 50. Italien 1872 98. Silberrente 64, 16. Papierrente 60%. 1860er Jahre 113, 50. 1864er Jahre 113, 50. Amerikaner de 1885 102, 50. Deutsch-Österreich. 90%. Berliner Bankverein 77, 50. Frankfurter Bankverein —. do. Wechslerbank 76, 50. Bankfakt. —. Meininger Bank 75. Sachsen-Eisenbahn —. Darmstädter Bank 110%. Hess. Ludwigsb. 98, 50. Oberhessen 72, 50. Nach-Schluz der Börse: Kreditaktien 154, 50. Franzosen 256, 50. com. Lombard 99. Reichsbank —.

per medio resp. per ultimo.

Wien, 14. Februar. Die konstantinopeler Depesche, sowie die berliner Coursesmeldungen bestätigten die Tendenz. Devisen anziehend.

[Schlusscourse] Papierrente 68, 55. Silberrente 73, 70. 1864er Jahre 106, 75. Bankfakt. —. Nordbahn 1800. Kreditaktien 174, 50. Franzosen 291, 00. Galizier 187, 75. Nordwestbahn 137, 10. do. Lit. B. 53, 00. London 115, 15. Paris 45, 70. Frankfurt 56, 10. Böhmis. Weinhahn —. Kreditloose 162, 00. 1868er Jahre 111, 20. Lomb. Eisenbahn 113, 75. 1864er Jahre 135, 00. Unionbank 73, 50. Anglo-Austr. 88, 50. Austria-Türkische 85, 50. Napoleon 9, 22. Dänen 5, 41. Silberkup. 85, 50. Elisabethb. in 1862 20. Ungarische Brüderanleihe 75, 70. Deutsche Reichs-Banknoten 56, 70. Türkische Jahre 25, 00. — Abends. Abendbörs. Kreditaktien 176, 70. Franzosen 291, 75. Galizier 188, 50. Anglo-Austr. 88, 90. Unionbank 73, 20. Lombarden 114, 25. Egypten —. —. ungarische Kredit —. Napoleon 9, 21. Still.

London, 14. Februar, Nachmitt. 4 Uhr Konsois 94% Italien. 50. Rente 70%. Lombarden 10, 3 proz. Lombarden-Prioritäten alte 9, 5%. 3 proz. Lombarden-Prioritäten neue —. Bonds Russ. de 1871 —. 6 proz. Russ. de 1872 —. Silber —. Türk. Anleihe de 1865 20%. 5 proz. Türken de 1869 24, 5%. 6 proz. Vereinigt. St. pr. 1865 105%. 6 proz. Türken de 1869 121%. Griech. 63, 5%. Österreich Papierrente 60, 5%. 6 prozentige ungarische Schatzbonds II. Emission 90. Spanier 18, 5%. 5 proz. Peruana 34%. Wechselnotrungen: Berlin 20, 65. Hamburg 3 Monat 20, 65. Frankfurt a. M. 20, 65. Wien 11, 75. Paris 25, 40. Petersburg 30%. —. Platzdiskont 3½ Prozent. — In die Bank flossen heute 50,000 Pf. Sterl.

Paris, 14. Februar, Nachm. 3 Uhr. Fest und belebt. [Schlusscourse] 3 prozentige Rente 67, 72, 5%. Anleihe de 1872 105, 05. Italienische Rente 71, 05. Italienische Tabakb. —. Ital. Tabakb. 63, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 251, 25. Lombard. Prioritäten 235, 00. Türk. Bonds de 1869 127, 00. Türk. Bonds 55, 50. Kredit mobilier 200. Spanier exter. 19, 5%. do. inter. 17, 5%. Peruana —. Societe generale 53, 50. Egypten 328. Suekanal-Aktien 752. Banque ottomane 44.

New-York, 12. Februar, Abends 6 Uhr. [Schlusscourse] Höchstnotzung des Goldes 13, niedrigste 13. Wechsel auf London in Gold 4, 86 C. Goldgros 13, 50%. Bonds de 1865 117, 50. neu 5 proz. Bonds 117, 50%. Bonds de 1867 121, 50. Erie-Bahn 16%. Central-Pacific 106, 50. New-York Centralbahn 113, 50. Baumwolle in New-York 12, 5%. Weiß 5 D. 25 C. Rohöl Petroleum in New-York 14. do. Philadelphia 13, 50. Rohöl Erdöl 12, 50. Öl 38 C. Mais (old mixed) 70 C. Rader (Kaffee) 7%. Kaffee (Ris.) 16%. Spec (short clear 12, 5%). Schmalz (Marke Wilcox) 13, 50 C. Getreidepreis 7%.

Produkten-Course.

Bremen, 14. Februar. Petrolen. [Schlussbericht] Standsp. white loco 12, 75, vr. Februar 12, 50, pr. März 12, 10, pr. April 12, 10. Fester.

Köln, 14. Februar, Nachm. 1 Uhr. Weizen flau, hiesiger loco 20, 50, fremder loco 21, 00 pr. März 19, 85, pr. Mai 20, 55. Roggen niedriger, hiesiger loco 15, 50 pr. März 14, 60, pr. Mai 15, 85. Hafer beh. loco 17, 50 pr. März 17, 10. Rübel fester, loco 35, 00 pr. Mai 34, 50, pr. Oktober 34, 40. — Wetter: Thaw.

Hamburg, 14. Februar, Nachm. Weizen loco fest, auf Terme ruhig. Roggen loco behauptet, auf Termine ruhig. Weizen vr. Febr. 199 Br. 198 Gd. pr. Mai-Juni pr. 1000 Br. 105 Br. 294 Gd. Roggen vr. Februar 148 Br. 147 Gd. pr. Mai-Juni pr. 1000 Br. 151, 50 Br. 150, 50 Gd. Hafer ruhig. Gerste matt. Rübel still, loco 68, pr. Mai 66, 50, pr. Oktober pr. 200 Br. 65. Spiritus ruhig, pr. Februar 35,

